

# CDU & Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTIONEN IM RAT DER STADT MEERBUSCH

co Bündnis 90 / Die Grünen - Meerbusch

An den Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses

Leo Jürgens

Stadt Meerbusch

Ratsbüro

40667 Meerbusch-Büderich

Meerbusch, 12. November 2016

Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2017

Bau- und Umweltausschuss

am 24. November 2016

Fraktion	CDU / Bündnis 90 / Die Grünen
----------	-------------------------------

## Änderung für Produkt (bitte ankreuzen) auf Seite im Haushaltsentwurf 2017

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> 010.111.080 Baubetriebshof                   | <input type="checkbox"/> 120.546.010 Parkraumbewirtschaftung          |
| <input type="checkbox"/> 110.537.010 Abfallentsorgung                 | <input type="checkbox"/> 120.547.010 ÖPNV                             |
| <input type="checkbox"/> 110.537.020 DSD – Duales System Deut.        | <input type="checkbox"/> 130.551.010 Unterh. v. Grün- u. Forstflächen |
| <input checked="" type="checkbox"/> 120.541.010 Straßen, Wege, Plätze | <input type="checkbox"/> 130.553.010 Friedhofs- u. Bestattungswesen   |
| <input type="checkbox"/> 120.541.020 Straßenbeleuchtung               | <input type="checkbox"/> 140.561.010 Umweltschutz                     |
| <input type="checkbox"/> 120.545.010 Straßenreinigung                 |   |

Konto und Bezeichnung (bei investiven Konten bitte Maßnahme mit angeben 7. 120001001)
Verkehrssicherung Meerbusch-Lank, Uerdinger Straße

Änderungsantrag
Investiv

1. Die Fraktionen CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN beantragen, dass auf der Uerdinger Straße feste Tempomess- und Erfassungsstationen - Blitzer - in beide Richtungen installiert werden und beauftragen hiermit die Verwaltung, diesbezügliche Verhandlungen mit dem Rhein-Kreis- Neuss

aufzunehmen. Insbesondere geht es um die Verkehrswegesicherung für Kinder und um die Einschränkung von LKW-Verkehren.

2. Weiterhin beantragen die Fraktionen zur Verfolgung des selben Zieles, einen Betrag von **50.000 €** in den Haushalt zu setzen, um mit baulichen oder technischen Maßnahmen spürbare Einschränkungen der LKW-Verkehre zu erzwingen. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Vorschläge und Alternativen zeitnah (bis spätestens April 2017) im zuständigen Ausschuss vorzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie mögliche ausweichende LKW-Verkehre über die Kreisstraße 9 (über die Rheingemeinden) verhindert werden können.

Veränderung			
2017	50.000 €		
2018		VE 2018	
2019		VE 2019	
2020		VE 2020	
Spätere Jahre		VE spätere Jahre	
<input type="checkbox"/>	Sperrvermerk (ggfs. ankreuzen)		
Freigabe durch: <input type="checkbox"/> Fachausschuss <input type="checkbox"/> HFWA <input type="checkbox"/> Rat			

Begründung
<p>Die massiven Belastung der Anlieger der Uerdinger Straße durch die unzulässige Nutzung von LKW-Verkehren bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Thematik wurde mehrfach in den Fraktionen und in den zuständigen Fachausschüssen behandelt. Ein gemeinsamer Antrag mehrere Fraktionen, auf Initiative von CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in der Vergangenheit, wurde nur in Teilen umgesetzt und führte noch nicht zu dem notwendigen Ergebnis.</p> <p>Neben den Lärm- und Schadstoffbelastungen ergeben sich aber auch erhebliche Risiken insbesondere für Kinder, wie Beispielhaft der vor einigen Wochen berichtet wurde. So gerieten Kleinkinder im Bereich des Kindergartens in den Sog durchfahrender LKW's. CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN halten deshalb zwingend Maßnahmen für erforderlich, solche Risiken auszuschließen.</p>

Unterschrift

Werner Damblon / Jürgen Peters